



Deutscher Verein
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.

aktuell

8. Mai 2017

Pressemitteilung

Europa braucht neuen Konsens zu gemeinsamen sozialpolitischen Grundsätzen

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. begrüßt die kürzlich in Gang gesetzte breite Debatte zur sozialen Dimension Europas. Sozialmodelle in Europa sollen an neue soziale Risiken angepasst werden.

Seit Jahren fordert der Deutsche Verein eine stärkere soziale Ausrichtung der Europäischen Union (EU) unter Wahrung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten in der Sozialpolitik. Das Ziel einer sozialpolitischen Angleichung der Sicherungssysteme in den Mitgliedstaaten der EU auf einem anspruchsvollen Niveau ist aus seiner Sicht ein tauglicher Ansatz. Er verweist auch konkret auf das in Deutschland bewährte Prinzip der öffentlichen Verantwortung für soziale Dienste, verbunden mit dem Subsidiaritätsgrundsatz, und die solidarische Finanzierung der Sozialleistungssysteme.

„Nach den Jahren der Eurorettung, ist es jetzt ein wichtiges Signal, dass die Europäische Kommission ihren Worten, sich mehr auf das Soziale zu fokussieren, erste Taten folgen lässt“, so Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Beispielsweise könnten bestehende Rechte stärker für die EU-Bürgerinnen und -Bürger genutzt werden.

Ein wichtiger Prüfstein der nächsten Monate wird sein, wie die EU-Kommission Schlüsselprinzipien wie diese in ihren Empfehlungen für die nationalen Wirtschaftspolitiken verankern kann und gleichzeitig den europäischen Verträgen gerecht wird.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer, der privatgewerblichen Anbieter sozialer Dienste und von den Vertretern der Wissenschaft für alle Bereiche der Sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u.a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme, der Pflege und Rehabilitation. Der Deutsche Verein wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.